

Aktuelles aus Steuern
und Wirtschaft

Ausgabe 87,
November 2011

Osteuropa kompakt

pwc

Inhalt

Deutsche Übersetzung.....	2
Polen	2
Am 17. Oktober 2011 trat ein Protokoll zum DBA Polen-Schweiz in Kraft	2
Medizinische Zusatzleistungen – Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts	2
Russland	3
Verfahren zur Beantragung der Zollbefreiung	3
Das russische Parlament verabschiedet den Gesetzesentwurf über die sogenannte Konsolidierung einer Gruppe von Steuerzahlern (Organschaften) in dritter Lesung	4
Serbien	6
Das Finanzministerium veröffentlicht eine Stellungnahme, nach der Geschäfte zwischen Hauptgeschäftsstelle eines ausländischen Unternehmens und seiner serbischen Niederlassung umsatzsteuerpflichtige Lieferungen darstellen können.	6
Slowakei	7
Änderungen im Umsatzsteuergesetz	7
Tschechien	8
SCP zur Abstimmung im Parlament	8
Parlamentarische Abstimmung über die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes	9
Nachweispflichten für Ausländer beim Antrag auf ein tschechisches Visum oder eine Aufenthaltsgenehmigung	10
Ukraine	10
Vorübergehende ukrainische Aufenthaltserlaubnis für Ehepartner ausländischer Arbeitnehmer	10
Ungarn	10
Neues Steuerabkommen zwischen Deutschland und Ungarn veröffentlicht.....	10
Änderungen des Steuersystems für 2012	11
Usbekistan	13
Neue Zuschüsse für Kleinunternehmen	13
Blog	14
Englische Übersetzung	14
Poland	14
A protocol to Poland-Switzerland Double Tax Treaty entered into force on 17 October 2011.....	14
Medical packages – resolution of the Supreme Administrative Court	14

Russia	14
Procedure of applying customs duty exemption	14
Russian Parliament adopts draft law on consolidated groups of taxpayers in the third reading.....	15
Serbia	17
The Ministry of Finance issued an opinion indicating that transactions between headquarters of a foreign company and its Serbian branch may represent supply subject to VAT	17
Slovakia	18
Changes in the VAT Act.....	18
Czech Republic	18
SCP for parliamentary vote	18
Deputies will reapprove the reduced VAT rate increase.....	20
Foreigners have to prove accommodation when applying for a visa or residency permit ...	20
Ukraine	20
Temporary residence permits available for spouses of foreign employees	20
Hungary	21
Tax convention between Germany and Hungary published	21
Changes in the tax system in 2012	21
Uzbekistan	23
New benefits for small businesses	23
Blog	24
Über uns	24
Ihre Ansprechpartner	24
Bestellung und Abbestellung	24

Deutsche Übersetzung

Polen

Am 17. Oktober 2011 trat ein Protokoll zum DBA Polen-Schweiz in Kraft

Das Protokoll fügt eine Bestimmung bezüglich des Informationsaustausches auf Grundlage des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen hinzu. Die Bestimmung ermöglicht u. a. einen gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Banken. Außerdem führt das Protokoll erhebliche Änderungen hinsichtlich der Besteuerungsregelungen für Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Kapitalgewinne ein.

Medizinische Zusatzleistungen – Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts

Medizinische Zusatzleistungen, die vom Arbeitgeber erworben werden und deren Wert nicht von der Einkommensteuer befreit ist, stellen eine Gratisleistung für Arbeitnehmer dar.

In der mündlichen Begründung führt das Gericht u. a. aus, dass medizinische Zusatzleistungen eine durch den Arbeitgeber bereitgestellte Art von Krankenversicherung für den Arbeitnehmer sind. Deshalb unterliege bereits die Bereitstellung dieser Versicherung für einen Arbeitnehmer und nicht die Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen der Einkommensteuer. Darüber hinaus weist das Oberste Verwaltungsgericht darauf hin, dass solche medizinischen Zusatzleistungen nicht in dem durch den Gesetzgeber aufgestellten abgeschlossenen Katalog der einkommensteuerfreien Leistungen aufgeführt werden.

Ihre Ansprechpartnerinnen vor Ort:
Malgorzata Jablonska, Telefon: +49 30 2636-3084
Wieslawa Ksycka, Telefon: +48 71 356-1161

Russland

Verfahren zur Beantragung der Zollbefreiung

Die russische Zollbehörde implementiert ein Verfahren zur Beantragung einer Zollbefreiung für Waren, die in das Gebiet der Zollunion importiert werden. Das Verfahren wurde durch Beschluss Nr. 728 des Ausschusses der Zollunion vom 15. Juli 2011 eingeführt. Es regelt bestimmte Zollbefreiungen, insbesondere für Waren, die von einem ausländischen Anteilseigner als Einlage in das Stammkapital eines Unternehmens eingeführt werden.

Hintergrund

Auch vor der Einführung der Zollunion waren nach russischem Gesetz als Einlage in das Stammkapital eines Unternehmens importierte Güter zollbefreit und viele Unternehmen genossen diese Befreiung. Eine ähnliche Befreiung für als Einlagen in das Stammkapital importierte Güter sehen nun auch die Vorschriften der Zollunion vor.

Allerdings sehen beide Regelungen, die russischen sowie die der Zollunion, bestimmte Beschränkungen für die weitere Nutzung (Veräußerung) der importierten Waren bei einer solchen Zollbefreiung vor. Insbesondere ein Weiterverkauf solcher Waren erfordert dann die Zahlung fälliger Einfuhrzölle.

Neu eingeführte Regelungen des Ausschusses der Zollunion

Der Ausschuss der Zollunion klärt in seinem Verfahren die zu erfüllenden Hauptvoraussetzungen, um eine Zollbefreiung für als Sacheinlagen in das Stammkapital importierte Waren zu erhalten. In folgenden Fällen hat allerdings der Importeur Zollgebühren zu entrichten:

- Wenn ein ausländischer Gesellschafter als Gesellschafter ausscheidet oder
- das Unternehmen die betreffenden Waren weiterverkauft oder auf andere Weise das Besitzrecht an diesen Waren an andere Unternehmen überträgt oder
- die Waren für eine vorübergehende Nutzung an einen Dritten übertragen werden.

Unserer Meinung nach könnte die praktische Einführung der o. g. Regelungen durch die Zollbehörde negative Auswirkungen haben. Insbesondere wird die Zollbehörde höchstwahrscheinlich die Zahlung von Zollgebühren für zunächst von Zollgebühren befreite Anlagen, die nach ihrem Import vermietet werden, verlangen.

Es sollte noch erwähnt werden, dass gemäß dem Zollkodex der Zollunion (in Kraft seit 1. Juli 2010) weder Zollverbindlichkeiten, noch Beschränkungen bei einer Weiterveräußerung von importierten Waren, die zollbefreit sind, nach Ablauf einer 5-Jahresfrist vom Zeitpunkt der Warenübergabe bestehen. Hierzu vertritt die russische Zollbehörde die Position, dass Unternehmen, die Waren vor der Einführung des Zollkodexes der Zollunion importiert haben, von einer Haftung für die Zahlung von Zollgebühren erst nach dem 1. Juli 2015 befreit sind.

Problempunkte

Das Verfahren schreibt keine Übergangsfrist vor. Es ist möglich, dass die Zollbehörden die Regelungen des Verfahrens auf Waren anwenden, die unter russischen Bestimmungen zollbefreit importiert wurden (d. h. bevor die entsprechende Gesetzgebung der Zollunion bzgl. der Zollbefreiung in Kraft trat) oder die nach den Regeln der Zollunion eingeführt wurden, allerdings bevor das Verfahren in Kraft trat.

Indes enthält das o. g. Verfahren keine Definition von „vorübergehender Nutzung“. Daher bestehen mehrere Auslegungsmöglichkeiten, welche Transaktionen als Warentransfer für vorübergehende Nutzung betrachtet werden.

Empfehlungen

Da nach der Einführung des Verfahrens das Risiko besteht, dass die russische Zollbehörde versucht, eine etwaige Zollbefreiung von Waren als Einlage ins Stammkapital anzufechten, empfehlen wir eine umfassende Analyse der Transaktionen mit importierten Waren zu vergünstigten Zollgebühren (z. B. Warentransfer unter Leasingverträgen), der Verkäufe von Anteilen eines ausländischen Anteilseigners und anderer Transaktionen, die dieses Risiko auslösen könnten.

Das russische Parlament verabschiedet den Gesetzesentwurf über die sogenannte Konsolidierung einer Gruppe von Steuerzahlern (Organschaften) in dritter Lesung

Der Gesetzesentwurf zur Gründung einer konsolidierten Gruppe von Steuerzahlern (Organschaften) wurde am 2. November 2011 von der Staatsduma in dritter Lesung verabschiedet. Dadurch haben die Steuerzahler eine größere Zuversicht auf das In-Kraft-Treten der neuen Regeln in Verbindung mit den Bestimmungen zu den Verrechnungspreisen im Jahr 2012.

Mitglieder einer konsolidierten Gruppe

Eine solche Gruppe kann zwei oder mehr russische Unternehmen beinhalten, bei denen die direkte oder indirekte Beteiligung der Holding mindestens 90 % beträgt (für die Dauer der Anwendung des Systems durch die Gruppe). Bei der Gründung einer konsolidierten Gruppe muss jedes Mitglied bestimmte Voraussetzungen erfüllen, insbesondere:

- sich weder in Umwandlung noch in Liquidation befinden,
- sich nicht in einem Insolvenzverfahren befinden,
- das Nettovermögen muss am letzten Bilanzstichtag das Stammkapital übersteigen.

Die folgenden Unternehmen können einer solchen Gruppe nicht beitreten:

- Residenten von Sonderwirtschaftszonen,
- Unternehmen, die besondere Steuervorteile anwenden,
- Unternehmen, die Mitglied einer anderen konsolidierten Gruppe sind,
- Unternehmen, die keine Körperschaftssteuerzahler sind und Unternehmen, die auf ihre Verpflichtung zur Zahlung der Körperschaftssteuer nach Kapitel 25 des Steuergesetzbuches verzichten,
- Unternehmen, die Bildungs- und/oder Medizintätigkeiten ausüben und die 0 % Körperschaftssteuer anwenden,
- Unternehmen, die Glücksspielsteuer zahlen,
- Clearingorganisationen.

Die Gesetzgebung fordert desweiteren die Einheitlichkeit der Mitglieder, die eine konsolidierte Gruppe gründen. Zum Beispiel können Banken nur konsolidierte Gruppen in Zusammenarbeit mit anderen Banken gründen und Versicherungsunternehmen nur in Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen (die Regeln gelten ebenfalls für Händler von Wertpapieren und private Rentenversicherungen).

Bitte beachten Sie, dass eine konsolidierte Gruppe bei der Umstrukturierung des haftenden Mitglieds einer konsolidierten Gruppe (mit Ausnahme von Umstrukturierung durch

Umwandlung) aufhört, zu existieren. Man sollte dies bei der Auswahl eines haftenden Mitglieds mit bedenken.

Voraussetzungen für die Gründung einer konsolidierten Gruppe von Steuerzahlern

Um eine konsolidierte Gruppe zu gründen und anzuwenden, müssen alle Mitglieder der konsolidierten Gruppe folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Mindestens RUB 10 Mrd. (ca. EUR 239,073 Mio.) müssen im Kalenderjahr vor dem Jahr, in dem die Dokumente zur Mitgliedschaft einer konsolidierten Gruppe bei den Steuerbehörden eingereicht wurden, an Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Verbrauchssteuer und Steuer für die Gewinnung von Bodenschätzen (ausgenommen sind Steuern, die für den Transport von Waren über die Zollgrenze der Zollunion transportiert wurden) gezahlt worden sein;
- Mindestens RUB 100 Mrd. (ca. EUR 2,39 Mrd.) an Umsatzerlösen und anderem Einkommen, basierend auf Buchungsunterlagen des Kalenderjahres vor dem Jahr, in dem die Dokumente zur Mitgliedschaft einer konsolidierten Gruppe bei den Steuerbehörden eingereicht wurden;
- Aktiva im Wert von mindestens RUB 300 Mrd. (ca. EUR 7,17 Mrd.), basierend auf Buchungsunterlagen vom 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr, in dem die Dokumente zur Steuerzahlerkonzernmitgliedschaft bei den Steuerbehörden eingereicht wurden.

Die Frist zur Einreichung der Dokumente zur Mitgliedschaft einer konsolidierten Gruppe für Steuerzahler, die im Jahr 2012 Mitglied in der konsolidierten Gruppe werden wollen, wurde bis zum 31. März 2012 verlängert. Basierend auf einer wörtlichen Interpretation des Gesetzesentwurfs müssen die o. g. Grenzwerte im Jahr 2011 gegeben sein, der geforderte Wert der Aktiva zum 31. Dezember 2011 vorliegen.

Bitte beachten Sie, dass eine konsolidierte Gruppe für mindestens zwei Körperschaftsteuerzeiträume gegründet werden muss.

Was sind die Vor- und Nachteile einer konsolidierten Gruppe von Steuerzahlern?

Erstens unterfallen Transaktionen unter Mitgliedern einer konsolidierten Gruppe nicht den neuen Verrechnungspreisregelungen. Dies ist möglicherweise der größte Vorteil für konsolidierte Gruppen mit einer großen Anzahl an Transaktionen innerhalb der konsolidierten Gruppe. Der Gesetzesentwurf enthält allerdings eine Ausnahme von dieser Regel: Transaktionen, deren Gegenstand ein wiedergewonnenes Mineralprodukt ist (zu versteuern mit der Steuer für die Gewinnung von Bodenschätzen) unterfallen der Steuer für die Gewinnung von Bodenschätzen.

Zweitens besteht die Möglichkeit bei der Berechnung der Körperschaftssteuer die Gewinne und Verluste der Mitglieder zusammenzufassen (ohne die Notwendigkeit, Verluste eines oder mehrerer Mitglieder konsolidierter Gruppen, die die Gewinne der anderen Mitglieder der konsolidierten Gruppe nicht übersteigen, vortragen zu müssen).

Zugleich sagt das Gesetz, dass die Dauer der steuerlichen Außenprüfung einer konsolidierten Gruppe von der Anzahl der Mitglieder der konsolidierten Gruppe abhängen kann und bis zu einem Jahr dauern kann.

Außerdem könnten Mitglieder der konsolidierten Gruppe, sobald die konsolidierte Gruppe gegründet wurde, die Rückstellungen für notleidende Forderungen wie auch aus Reparaturgarantien und Unterhaltsgewährungen hinsichtlich an andere Konzernmitglieder verkaufte Handelsware/Arbeiten (falls solche Rückstellungen entstanden sind) aufheben.

Verluste eines Mitglieds aus der Zeit vor der Gruppe werden für die Zeit der Mitgliedschaft eingefroren. Solche Verluste können nur vorgetragen werden, nachdem das Mitglied die konsolidierte Gruppe verlassen hat.

Der Gesetzesentwurf legt die solidarische wie auch die eigene Haftung der Mitglieder der konsolidierten Gruppe für Zahlungen von Körperschaftsteuer, Gebühren und Strafen bei Zahlungsverzug, fest. Diese Regelung bleibt in Kraft, selbst nachdem ein Mitglied die konsolidierte Gruppe verlassen hat.

Welche anderen Probleme könnte es geben?

Nach der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs im russischen Parlament wurde die Verpflichtung sämtlicher Mitglieder der konsolidierten Gruppe zur Anwendung einer vereinheitlichten Bilanzierungspolitik entfernt. Allerdings bleibt die Regelung, die besagt, dass das Steuerbuchhaltungsverfahren der konsolidierten Gruppe in seiner Bilanzierungspolitik beschrieben sein muss, bestehen. Der Gesetzesentwurf präzisiert die Rolle und den Inhalt dieses Dokuments nicht.

Aktuell beinhaltet der Gesetzesentwurf kein Verfahren zur Buchung/Darstellung von etatmäßigen Steuerzahlungen haftender Mitglieder, die mit dem Einkommen und den Rückerstattungen, die das haftende Mitglied von anderen Mitgliedern erhält, der konsolidierten Gruppe verbunden sind. Das beinhaltet Rückstellungen und Berichte durch Mitglieder der konsolidierten Gruppe auf Ausgaben für Einkommensteuer, latente Steueransprüche und Verbindlichkeiten. In diesem Zusammenhang scheint es logisch, dass entsprechende Bestimmungen in die Bilanzierungsgesetzgebung eingeführt werden sollten.

Was muss zu diesem Zeitpunkt getan werden?

Konsolidierte Gruppen, die dieses System 2012 anwenden möchten, sollten das Folgende tun:

- Berechnungen durchführen, um sicher zu gehen, dass ihre konsolidierte Gruppe die bestehenden Grenzwerte für Umsatzerlöse, Aktiva und in 2011 gezahlte Steuern einhält;
- Vorbereitung des Gründungsvertrags der konsolidierten Gruppe und Planung notwendiger interner Genehmigungen;
- Beginn notwendiger Umwandlungen von Geschäftsprozessen und automatischen Buchhaltungssystemen, um sich der Gesetzgebung der konsolidierten Gruppen anzupassen.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:
 Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483
 Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252
 Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Russland-Blog: <http://blogs.pwc.de/russland-news>

Serbien

Das Finanzministerium veröffentlicht eine Stellungnahme, nach der Geschäfte zwischen Hauptgeschäftsstelle eines ausländischen Unternehmens und seiner serbischen Niederlassung umsatzsteuerpflichtige Lieferungen darstellen können.

Das serbische Finanzministerium veröffentlichte kürzlich eine Stellungnahme bezüglich der umsatzsteuerlichen Auswirkungen von Beratungsdienstleistungen, die von einer ausländischen Hauptgeschäftsstelle zu Gunsten einer serbischen Niederlassung erbracht werden.

Nachdem das Ministerium zunächst entsprechend der Grundsätze des Umsatzsteuerrechts den Leistungsort von Beratungsleistungen beim Empfänger angesiedelt hat, führt es aus, dass Geschäfte zwischen einer ausländischen Hauptgeschäftsstelle und ihrer Niederlassung Lieferungen darstellten, die der Umsatzsteuer unterliegen würden.

Die Erbringung von Beratungsleistungen in dieser Form ist nicht ausdrücklich in den Vorschriften zur Umsatzsteuer geregelt und es gibt auch keine entsprechende Verwaltungsanweisung. Insofern könnte diese Stellungnahme von den Steuerbehörden aufgenommen und entsprechend angewendet werden.

Erwähnt werden sollte allerdings, dass die Ansicht des Ministeriums sich darüber hinwegsetzt, dass eine Niederlassung und eine Hauptgeschäftsstelle keine getrennten juristischen Personen darstellen, sondern lediglich organisatorische Teile derselben juristischen Person sind. Daher sollten Geschäfte zwischen diesen Teilen grundsätzlich keine der Umsatzsteuer unterfallenden Lieferungen darstellen. Außerdem unterscheidet sich die Praxis der Umsatzsteuer in einigen EU-Staaten von dem Standpunkt des Ministeriums.

Im Übrigen unterfallen Geschäfte zwischen Hauptgeschäftsstellen und Niederlassungen eines serbischen Unternehmens in Serbien nicht der Umsatzsteuer.

Dennoch sollten ausländische Unternehmen mit serbischen Niederlassungen, sowie serbische Unternehmen mit ausländischen Niederlassungen, die Auswirkungen der Stellungnahme des Ministeriums mit Blick auf ihre jeweilige Umsatzsteuerposition bedenken. Abgesehen von der Berücksichtigung möglicher zusätzlicher Umsatzsteuerkosten, sollten auch Möglichkeiten der Steuergestaltung analysiert werden (z. B. Erstattung der Vorsteuer).

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Mirko Kovac, Telefon: +381 11 3302-154

Slowakei

Änderungen im Umsatzsteuergesetz

Der slowakische Präsident hat am 6. Oktober 2011 das Gesetz vom 14. September 2011 unterzeichnet, mit dem das Steuerverwaltungsgesetz sowie einige andere Gesetze, einschließlich des Umsatzsteuergesetzes, geändert und ergänzt werden. Mit diesem Gesetz werden folgende Änderungen in das slowakische Umsatzsteuerrecht eingeführt:

- Elektronische Rechnungen – die Herkunft und die Integrität von Daten können nunmehr außer durch das Verfahren der elektronischen Signatur und des elektronischen Datenaustauschs auch auf anderem Weg nachgewiesen werden.
- Der Lauf der Frist für die Umsatzsteuerrückerstattung wird unterbrochen, wenn der Steuerpflichtige vor Ablauf der Frist aufgefordert wird, Unstimmigkeiten in der abgegebenen Umsatzsteuererklärung zu beseitigen. Die Frist läuft erst weiter, wenn sämtliche Unstimmigkeiten geklärt sind.
- Eine Umsatzsteuerrückerstattung soll innerhalb von 30 Tagen nach entsprechender Antragsstellung erfolgen. Alternativ kann der Steuerpflichtige die Rückerstattung auch durch Abgabe einer geänderten Steuererklärung beantragen.
- Einführung eines Zuschlags in Höhe von 1,3 % auf den Rückzahlungsanspruch, wenn Umsatzsteuer aufgrund falscher Angaben des Steuerpflichtigen zu Unrecht zurückerstattet wurde.
- Fehlerhafte zusammenfassende Meldungen über innergemeinschaftliche Lieferungen sind nunmehr innerhalb von 5 Tagen nach Zustellung einer entsprechenden Aufforderung zu berichtigen.

Das Gesetz führt unter bestimmten Bedingungen eine Umkehrung der Steuerschuldnerschaft für die Wareneinfuhr durch Gesellschaften ein, die entweder ihren Sitz, die Geschäftsleitung oder eine Betriebsstätte in der Slowakei haben.

Das Gesetz tritt mit Ausnahme der Bestimmungen zur Umkehrung der Steuerschuldnerschaft (Wirksamkeit erst zum 1. Januar 2013), zum 1. Januar 2012 in Kraft.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Tomas Alaxin, Telefon: +421 259 350-664

Tschechien

SCP zur Abstimmung im Parlament

Das Parlament hat begonnen, eine Gesetzesnovelle zu besprechen, deren Hauptziel in der Einführung eines **Single Collection Points** (SCP) für Steuern und andere Abgaben liegt. Im Wesentlichen geht es um eine Steuerreform, die zum 1. Januar 2013 wirksam werden wird. Das Finanzministerium hatte den ursprünglichen Vorschlag vorbereitet, einige wesentliche Änderungen wurden aber nach Verhandlungen innerhalb der Regierung eingeführt. Im Folgenden werden die wichtigsten Punkte dieser Gesetzesnovelle dargestellt:

Auswirkungen auf natürliche Personen

- Das Konzept des Superbruttolohns wurde aufgehoben und der Einkommenssteuersatz wurde auf 19 % erhöht.
- Die Grundlagen für die Steuerberechnung sowie für die Sozial- und Krankenversicherung wurden angeglichen. Arbeitnehmer werden weiterhin Aufwendungen für Erholung oder Sport, sowie Beiträge zu Kultur- und Sportsveranstaltungen steuerlich geltend machen können. Die Steuerbefreiung ist jedoch auf einen jährlichen Höchstbetrag von CZK 10.000 (ca. EUR 549,17) begrenzt.
- Die Steuerbefreiung von Zuschüssen zur Verpflegung (einschließlich Essenskarten), Unterkunft (einschließlich Mietkaution) und Reisekosten von Arbeitnehmern in Staatsunternehmen wurde aufgehoben. Allerdings sind Zuschüsse für die Verpflegung von Arbeitnehmern für Arbeitgeber weiterhin förderfähig.
- Der neue Steuerfreibetrag beträgt für Arbeitnehmer jährlich 3.000 Kronen (ca. EUR 164,74). Nur Steuerpflichtige mit einem Jahreseinkommen von weniger als dem 48fachen des durchschnittlichen Monatslohns können den Steuerfreibetrag geltend machen. Diese Regelung stellt einen ersten Schritt der Steuerprogression dar.
- Einführung einer Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen auch für Steuerzahler mit Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit, deren Jahreseinkommen das 48fache des durchschnittlichen Monatslohns übersteigt.
- Spenden sind nunmehr bis zu einem Höchstsatz von 15 % (zuvor 10 %) der Bemessungsgrundlage absetzbar.
- Zinsen für Hypotheken o.ä. können jährlich bis zu einem Betrag von 80.000 Kronen (ca. EUR 4.392,93) steuerlich geltend gemacht werden.
- Die Frist für die Steuerbefreiung von Einkommen aus Wertpapieren wurde, unabhängig von daran bestehenden Eigentumsverhältnissen, von 6 Monate auf 5 Jahre erhöht.
- Allerdings bezieht sich die Fristverlängerung nicht auf Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationserlöse und andere ähnliche Einkünfte die auf tschechische Staatsbürger entfallen. Dies lässt darauf schließen, dass der Text geändert wurde, um die Benachteiligung von tschechischen Staatsbürgern zu vermeiden.

Auswirkungen auf juristische Personen und Arbeitgeber

- Für Investmentfonds von bestimmten qualifizierten Investoren wurde die frühere Steuer von 5 % abgeschafft; dies gilt auch im Fall von Gewinnabführungen durch Tochtergesellschaften an die Muttergesellschaft. Die Begünstigung gilt allerdings nicht für Einnahmen aufgrund von internationalen Aufträgen.
- Einführung einer neuen Abgabe auf die Lohnsumme mit einer einheitlichen und umfassenden Besteuerung i. H. v. 32,4 %. Der neue Steuersatz umfasst Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung, die bisher separat durch den Arbeitgeber bezahlt wurden. Daneben wird die individuelle Grenze der Bemessungsgrundlage für Sozial- und Krankenversicherung beim Arbeitgeber durch eine für alle Arbeitnehmer gleich hohe Grenze ersetzt.
- Neue Steuerbefreiung für Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationserlöse und ähnlichen Einkünften, die durch Unternehmen aus der Tschechischen Republik aus anderen EU-Staaten, Norwegen, Island und der Schweiz bezogen werden.

Allgemeine Auswirkungen für Gesellschaften und natürliche Personen

- Erhöhung des Schwellenwerts für die Verpflichtung zur Leistung von Vorauszahlungen von CZK 30.000 (ca. EUR 1.647,35) auf CZK 200.000 (ca. EUR 10.982,30) sowie ein neues System der Abwicklung der monatlichen Vorauszahlungen.
- Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit für R&D-Projekte. Bestehende Investitionsanreize bleiben unverändert.
- Der besondere Steuerfreibetrag für behinderte Arbeitnehmer wird aufgehoben.
- Vereinheitlichung der Einkommensteuer auf 19 % (mit Ausnahme von Einkommen aus Emissionsberechtigungen). Erbschaftsteuer wird in Höhe von 9,5 % erhoben.
- Einführung eines gesonderten Steuersatzes für ausländische Dividenden und Zins-einkünfte in Höhe von 15 %.
- Wertberichtigungen sind i. H. v. bis zu 50 % nach 18 Monaten und bis zu 100 % nach 36 Monaten nach Fälligkeit möglich. Für die Anforderung über CZK 200.000 (ca. EUR 10.982,30) wird weiterhin ein Gerichts-, Schieds-, oder Verwaltungsverfahren nötig sein.
- Die Überprüfung der Versicherungsbeiträge zu Sozial- und Krankenversicherungen erfolgt auf der Grundlage der Abgabenordnung. Die alleinige Zuständigkeit für die Erhebung und Überprüfung von Steuern und Versicherungsbeiträge liegt damit bei den Finanzbehörden.

Parlamentarische Abstimmung über die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes

Nach einem Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, der bereits das Abgeordnetenhaus passiert hat, soll ab dem 1. Januar 2012 der ermäßigte USt.-Satz von 10 % auf 14 % steigen. Ab dem 1. Januar 2013 sollen beide Sätze – der ermäßigte sowie der normale Satz - einheitlich 17,5 % betragen. Der Vorschlag wurde jedoch vom Senat zur weiteren Verhandlung an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen.

Nachweispflichten für Ausländer beim Antrag auf ein tschechisches Visum oder eine Aufenthaltsgenehmigung

Ausländer, die ein Visum oder eine Aufenthaltsgenehmigung für die Tschechische Republik beantragen, müssen nachweisen, dass ihnen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik eine Unterkunft zur Verfügung steht.

Als Nachweis kann ein Mietvertrag oder eine sog. Bestätigung über die Sicherstellung der Unterkunft dienen, in der der Vermieter oder dessen Bevollmächtigter durch seine Unterschrift bestätigt, dem Ausländer eine Unterkunft für die in der Bestätigung aufgeführte Dauer zur Verfügung zu stellen. Der Beleg über die Sicherstellung muss neben dem Vor- und Nachnamen des Vermieters auch den Vor- und Nachnamen des Antragstellers, dessen Geburtsdatum, Reisepassnummer und die vereinbarte Unterkunfts-dauer beinhalten und in tschechischer Sprache ausgestellt sein.

Bei Belegen, die für Nicht-EU-Staatsangehörige ausgestellt werden, die ein Visum oder eine längerfristige oder dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beantragen, muss der Beleg über die Sicherstellung der Unterkunft notariell beurkundet werden. Bei einem Mietvertrag ist keine notarielle Beurkundung erforderlich.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

Ukraine

Vorübergehende ukrainische Aufenthaltserlaubnis für Ehepartner ausländischer Arbeitnehmer

Am 20. Oktober 2011 wurde das Gesetz über die „Rechtsstellung ausländischer und staatenloser Personen“ vom ukrainischen Präsidenten unterzeichnet. Dieses Gesetz ermöglicht u.a. den nicht-erwerbstätigen Ehepartnern von Inhabern einer befristeten ukrainischen Aufenthaltserlaubnis die Beantragung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis.

Die hierfür notwendigen Dokumente sind die Heiratsurkunde sowie eine Kopie der Aufenthaltserlaubnis des Ehepartners. Nach vorläufigen Informationen soll das Gesetz am Tag der offiziellen Bekanntgabe in Kraft treten.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Andreas Pfeil, Telefon: +380 44 4906-777

Ungarn

Neues Steuerabkommen zwischen Deutschland und Ungarn veröffentlicht

Am 4. Juli 2011 wurde das am 28. Februar 2011 in Budapest unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen durch das Gesetz LXXXIV aus 2011 ratifiziert. Das Abkommen ersetzt damit die Verordnung Nr. 27 aus dem Jahr 1979. Es tritt am 30. Tag nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden mit beidseitiger Wirkung in Kraft und wird auf steuerliche Sachverhalte ab dem 01. Januar 2012 Anwendung finden.

Wesentliche Elemente des mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Abkommens wurden geändert, um Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen zu erreichen. U.a. folgende Änderungen wurden eingeführt:

- Die Regeln für Verrechnungspreise wurden abgemildert: Sollte die Steuerbehörde eines Vertragsstaates anwendbare Steuern deswegen erhöhen, weil sie die Verrechnungspreise, die zwischen in Ungarn und in Deutschland ansässigen verbundenen Unternehmen vereinbart wurden, für nicht marktüblich hält, ist die Steuerbehörde des anderen Vertragsstaates verpflichtet, die Steuern des betroffenen Unternehmens entsprechend anzupassen.
- Bei Dividendenzahlungen findet der verminderte Steuersatz von 5 % bereits dann Anwendung, wenn der Dividendenempfänger eine unmittelbare Beteiligung von mindestens 10 % (anstatt der bisher vorgeschriebenen 25 %) hält. In sonstigen Fällen bleibt der reguläre Steuersatz von 15 % erhalten.
- Die Regeln zur Veräußerung von Anteilen an Gesellschaften mit unbeweglichem Vermögen werden strenger: Gemäß dem neuen Abkommen können die Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft, deren Vermögen zu mehr als 50 %
 - aus unbeweglichem Vermögen, oder
 - aus Anteilen an anderen Gesellschaften besteht, in denen das Vermögen zu mehr als 50 % aus unbeweglichem Vermögen besteht,
 in dem Staat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt.
- Ebenfalls werden die Voraussetzungen, nach denen die Vergütung, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte Arbeit bezieht, in letzterem von der Steuer befreit werden kann, höher. Eine der Bedingungen ist, dass sich der Arbeitnehmer in dem anderen Staat nicht länger als 183 Tage, gerechnet auf einen Zeitraum von zwölf Monaten, aufhält. Ferner findet die Steuerbefreiung keine Anwendung auf Entgelte, die im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung gezahlt werden.

Änderungen des Steuersystems für 2012

Nachfolgend nennen wir einige der von der Regierung vorgeschlagenen Steueränderungen für 2012:

Umsatzsteuer

- Der allgemeine Umsatzsteuersatz wird auf 27 % erhöht.
- Umsatzsteuer für zum Zwecke steuerpflichtiger Tätigkeiten geleaste Fahrzeuge wird abzugsfähig.
- Steuerpflichtige, die fortwährend Umsatzsteuererstattungen erhalten, können auch weiterhin beantragen, häufiger Umsatzsteuererklärungen abzugeben.
- Die Regelungen für sogenannte Geschäfte innerhalb von Lieferketten werden geändert: Nur die an einem solchen Geschäft als mittleres Glied beteiligte Person kann durch Beweis ihrer Verkäufereigenschaft die Rechtsvermutung widerlegen, nach der sie als Käufer gilt.
- Die Regelungen zur nachträglichen Änderung der Steuerbemessungsgrundlage werden modifiziert:
 - Die Steuerbemessungsgrundlage wird reduziert, falls die Parteien versehentlich höhere Beträge als vereinbart in Rechnung gestellt haben. Dasselbe gilt für den Fall einer Vorauszahlung, die aufgrund unvollständiger Lieferung teilweise zurückgezahlt wird.

- Die Zahl der Fälle, in denen das Verfahren zur Selbstprüfung nicht notwendig ist, wird erhöht.
- Die Regelungen zur Verjährungsfrist werden wieder auf die erstattungsfähige, vorgetragene Umsatzsteuer angewandt; ein Vortrag ist nur innerhalb der Verjährungsfrist möglich.
- Die Information, ob ein Steuerpflichtiger das besondere Verfahren zur Besteuerung von Immobilienunternehmen gewählt hat, wird auf der offiziellen Homepage der ungarischen Steuerbehörde einsehbar.
- Umsatzsteuer im Fall der Warenlagerung: Bestimmte Vorgänge bei der Lagerung von Waren werden umsatzsteuerlich anders beurteilt.
- Erweiterung der Pflicht zur Erstellung von Rechnungen.
- Anpassung der Regeln zur Erstellung von elektronischen Rechnungen.
- Der zwischen verbundenen Unternehmen anwendbare Marktpreis wird bei der Verteilung der anwendbaren Umsatzsteuer mit berücksichtigt.

Einkommensteuer - Vereinfachung des Systems

- Steuerfreibeträge für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit werden abgeschafft. Dafür wird der Zuschlag i. H. v. 27 % der Steuerbemessungsgrundlage erst ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von HUF 202.000 (ca. EUR 903,71) angewandt.
- Das umfangreiche System der Freibeträge für Familien wird beibehalten.
- Bestimmte Lohnnebenleistungen (z.B. Verpflegungszuschüsse) bleiben mit Einschränkungen auch weiterhin steuerlich begünstigt.
- Steuern auf an Arbeitnehmer generell oder aufgrund interner Richtlinien gewährte Zuschüsse sind durch den Arbeitgeber, statt wie bisher durch den Arbeitnehmer, zu tragen. Zusätzlich werden nunmehr Einkommenssteuer und Sozialbeiträge auch auf Bewirtungsaufwendungen und Aufwendungen für geschäftlich veranlasste Geschenke erhoben.

Änderung der Regelungen zur Sozialversicherung

- Die Beiträge zur Krankenversicherung für Arbeitnehmer steigen um 1 %.
- Nicht-EU-Ausländer unterliegen nach 2 Jahren der Sozialversicherungspflicht.

Ein vorhersehbares und stabiles steuerliches Umfeld für Unternehmen

- Verlustvorträge sind bis zur Grenze von 50 % der Steuerbemessungsgrundlage abzugsfähig. Nicht verwendete Verlustvorträge gehen im Fall der Übernahme des Unternehmens unter.
- Ab 2012 unterliegt der Verkauf von ausgewiesenem immateriellem Anlagevermögen nicht mehr der Körperschaftsteuer. Voraussetzung der Befreiung ist aber die Anmeldung der Veräußerung. Weiterveräußerungsvorgänge sind erst nach Ablauf eines Jahres seit dem Ersterwerb von der Steuer befreit.

- Hat ein Unternehmen, das in Ungarn ansässig ist, eine Betriebsstätte in einem anderen Land, welches ein DBA mit Ungarn abgeschlossen hat, und werden über die Betriebsstätte bestimmte Transaktionen mit einem Unternehmen in einem Drittland abgewickelt, so ist die Dokumentation von Verrechnungspreisen dann nicht erforderlich, wenn die tatsächliche Preisfestsetzung der Transaktion die ungarische Steuerbemessungsgrundlage nicht beeinflusst.
- Ausländische Steuern, die der Körperschaftssteuer entsprechen, dürfen den steuerlichen Gewinn nicht mindern.
- Erwirbt eine Gesellschaft Anteile von sich selbst (eigene Anteile), wird hiervon nur die Berechnung des Eigenkapitals beeinflusst. Auswirkungen auf den steuerlichen Gewinn hat dies nicht.
- Veränderungen im Besitz von Gesellschaftsanteilen sind nur bei Erhöhung des gehaltenen Anteils anzumelden.
- Die Regelungen zur Unterkapitalisierung werden erweitert, um auch zinsfreie Verbindlichkeiten mit einzubeziehen.
- Der Bereich von Tätigkeiten, die dem Bereich der Forschung und Entwicklung (F&E) unterfallen, wird erweitert. Nunmehr sind auch Tätigkeiten, die nur zu einem Teil aus F&E bestehen oder die im Rahmen einer Forschungsvereinbarung oder in Gemeinschaft mit anderen Unternehmen vorgenommen werden, steuerbegünstigt.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:
Gabriella Erdős, Telefon: +36 1 461-9130

Usbekistan

Neue Zuschüsse für Kleinunternehmen

Durch die Verordnung #УП-4354 vom 24. August 2011 des usbekischen Präsidenten wurden mehrere Änderungen für kleine Gewerbebetriebe und andere Unternehmen eingeführt. Es folgen die wichtigsten Änderungen:

- Ab dem 1. Januar 2012 wird der einheitliche Besteuerungssatz für Kleinst- und Kleinunternehmen der Industriebranche von 6 % auf 5 % gesenkt;
- Kleinst- und Kleinunternehmen sollen bis Ende 2014 auf ein elektronisches System für die Einreichung von Steuererklärungen und Bilanzen umsteigen;
- Seit dem 1. September 2011 sind Kleinst- und Kleinunternehmen sowie Einzelunternehmer von Bankgebühren für die Eröffnung eines Geschäftskontos in nationaler Währung zu befreien;
- Seit dem 1. Oktober 2011 wurde der Verzugszins für verspätete Zahlung von Steuern, Zollgebühren und anderen Abgaben um ein Drittel gegenüber dem bestehenden Satz gesenkt;
- Seit dem 1. Oktober 2011 ist eine Stundung von Steuern und Geldstrafen um bis zu 6 Monate möglich, die nach einer Steuerprüfung festgesetzt werden;
- Geldstrafen, die nicht mit der Berechnung von Steuern und Abgaben zusammenhängen, wurden abgeschafft.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:
Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 727 298-0448

Blog

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie auch in unserem Blog unter:
<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Englische Übersetzung

Poland

A protocol to Poland-Switzerland Double Tax Treaty entered into force on 17 October 2011

The protocol adds an exchange of information clause based on the OECD Model Tax Convention on Income and on Capital. The clause allows i. a. for a mutual exchange of information being in possession of banks. Additionally, the protocol introduces significant changes regarding taxation rules applicable to dividends, interest, royalties and capital gains.

Medical packages – resolution of the Supreme Administrative Court

Packages of medical services purchased by the employer, the value of which is not exempt from PIT, constitute a free-of-charge benefit for employees.

In the verbal statement of grounds, the Court stated, inter alia, that a medical package was in fact a form of health insurance provided to the employee by the employer. Therefore, the very fact of covering an employee with a package, and not the fact of using the medical services, is subject to PIT. Moreover, the Supreme Administrative Court pointed out that medical packages were not listed by the legislator in the closed catalogue of PIT-exempt benefits.

Russia

Procedure of applying customs duty exemption

Recently the Russian customs authorities started implementation of the procedure for application of customs duty exemption in respect of goods imported onto the territory of the Customs Union (CU), which was introduced by the CU Commission Decision No. 728 of 15 July 2011 (the Procedure). This Procedure sets the criteria for applying customs duty exemptions, particularly for the goods imported by a foreign shareholder as its contributions to a company's charter capital.

Background

Historically, under the Russian law goods (equipment) imported as a contribution to a company's charter capital were exempt from customs duties and many companies en-

joyed this exemption. Similar exemption for goods imported as charter capital contributions is provided under the CU legislation.

Please, however, note that both Russian and the CU regulations impose certain restrictions on further use (disposal) of the goods imported with such customs duty exemption. In particular, the sale of such goods requires payment of import customs duties due.

New rules introduced by the CU Commission

In its Procedure the CU Commission clarifies the main requirements to be met to apply the duty exemption in respect of goods imported as an in-kind contribution to the charter capital and also envisages that an importer is liable for the customs duty if:

- A foreign shareholder withdraws from the company's founders (shareholders), or
- The company sells the goods in question or otherwise transfers title to such goods to other companies, or
- The goods are transferred for temporary use to a third party.

In our view there may be negative customs implications associated with the practical implementation of the above provisions by the customs authorities. In particular, the customs authorities will most likely require payment of customs duty in respect of the equipment released with duty exemption and leased out after its importation.

It is worth mentioning that according to the CU Customs Code, which is effective as of 1 July 2010, there are no customs duty liabilities and no restrictions on further disposal (sale) in respect of goods imported with customs duty exemption after expiration of 5 year period from the goods' release. At the same time the position of the Russian customs authorities is that companies which have imported goods prior to introduction of the CU Customs Code will not be responsible for customs duty payment only after 1 July 2015.

Issues of concern

The Procedure does not stipulate any transition period. It is possible that the customs authorities will apply the provisions of the Procedure to the goods which were imported with customs duty exemption under Russian domestic regulations (i.e. before the respective CU legislation on the customs duty exemption came into effect) or imported the CU rules but before the Procedure took effect.

It is also important to note that the Procedure does not provide definition of the "temporary use" and therefore, there is a room of various interpretations on which transactions may be considered as the transfer of goods for temporary use.

Recommendations

Given that after the introduction of the Procedure there is a risk that the Russian customs authorities may attempt to challenge the customs duty exemption in respect of goods contributed to the charter capital we recommend performing thorough analysis of transactions involving goods imported with customs benefits (e.g. goods' transfer under lease arrangements), sales of its shares by a foreign shareholder, and other transactions that may trigger the customs risk.

Russian Parliament adopts draft law on consolidated groups of taxpayers in the third reading

The draft law on establishing a consolidated group of taxpayers (CGT) was adopted by the State Duma in the third reading on 2 November 2011. This gives taxpayers more confidence that the new rules might take effect in 2012 in conjunction with the new transfer pricing regulations.

Group members

A group can comprise two or more Russian companies where the direct or indirect equity interest of one member in the charter/share capital of the other CGT members amounts to at least 90 % (for the duration of the CGT regime application by the group). Upon the

set-up of a CGT, each member should meet certain criteria, specifically: i) not be in the process of reorganisation or liquidation, ii) not be subject to insolvency/bankruptcy proceedings, and iii) its net assets, as of the last reporting date before the documents to register the CGT are submitted, should exceed its charter/share capital.

The following entities will not be able to join CGTs: i) residents of a special economic zone, ii) companies applying special tax regimes, iii) companies participating in another CGT, iv) companies not recognised as payers of corporate income tax, and companies waiving their corporate tax payer obligations under Chapter 25 of the Tax Code, v) companies conducting educational and/or medical activities and applying the 0 % corporate income tax rate, vi) companies paying gambling tax, and vii) clearing organisations.

The legislation also necessitates the uniformity of the members establishing a CGT. For example, banks can only establish CGTs in collaboration with other banks, and insurance companies only with other insurance companies (the rules also apply to securities traders and private pension funds).

Please note that a CGT shall cease to exist upon the reorganisation of the liable CGT member (except for reorganisation through transformation). One should consider this when selecting a liable member.

What are the conditions for establishing a CGT?

In order to establish and apply the CGT regime, all group members should meet the following requirements:

- At least RUB 10 billion in total corporate income tax, VAT, excise tax and mineral resources extraction tax (MRET) (excluding taxes paid on the movement of goods across the customs border of the Customs Union) paid during the calendar year preceding the year when the documents to register the CGT were submitted to the tax authorities;
- At least RUB 100 billion in sales proceeds and other income, based on accounting records for the calendar year preceding the year when the documents to register the CGT were submitted to the tax authorities;
- Total assets of at least RUB 300 billion in value, based on accounting records on 31 December of the year preceding the year when the documents to register the CGT were submitted to the tax authorities.

The deadline for the submission of CGT registration documents for taxpayers expecting to apply the CGT regime in 2012 has been extended to 31 March 2012. Based on a literal interpretation of the draft law, when submitting CGT registration documents in 2012, the abovementioned thresholds should be compared against the data on income and taxes paid in 2011, and also the value of assets as of 31 December 2011.

Please note that a CGT has to be established for at least two corporate income tax periods.

What are the pros and cons of using a CGT?

Firstly, transactions among CGT members will not be controllable under the new transfer pricing legislation. This is perhaps the greatest advantage for groups with a large number of intra-group transactions. However, the draft law includes one exception from the general rule: transactions whose subject is a recovered MRET-able mineral product, where tax is imposed at the MRET percentage rate.

Secondly, for the purposes of calculating corporate income tax, it will become possible to consolidate members' profits and losses (without necessity to carry forward losses of one or several CGT members not exceeding profits of the other members of the same CGT).

At the same time, the law states that the duration of a field tax audit of a CGT can depend on the number of CGT members and last for up to a year.

Also, when a CGT is established, its members should recover the bad debt provision of accounts receivable as income, and also recover the warranty repair and maintenance provision with respect to commodities/work sold to other CGT members (if such provisions were accruing).

According to the draft law, the losses of any member accumulated before joining a CGT should be "frozen" while it is part of the group. Such losses should become available for carry forward only after the member leaves the CGT.

The draft law stipulates CGT members' joint and several liability regarding payments of corporate income tax, late payment charges and penalties, and this remains in force even after a member leaves the CGT.

What other issues might there be?

After the second reading of the draft law in the Russian Parliament the reference to the obligation of all CGT members to apply a unified tax accounting policy was removed. However, the provision stating that the CGT's tax accounting procedure is to be described in its tax accounting policy remains. The draft law does not specify the role and the content of this document.

Currently, the draft law does not include the procedure for reflecting in accounting and accrual reporting the budgetary tax payments of liable members related to the CGT's income and reimbursements that the liable member receives from other members. This includes accrual and reporting by CGT members on income tax expenses, deferred tax assets and liabilities. In this context it seems logical that corresponding provisions would be introduced to accounting legislation.

What needs to be done at this stage?

Groups seeking to apply the CGT regime in 2012 should do the following:

- Make computations to ensure your consolidated group of tax payers will meet the established threshold for sales proceeds, total assets and taxes paid in 2011;
- Start preparing the CGT's founding agreement and plan necessary internal approvals;
- Start necessary transformations of business processes and automated accounting systems to accommodate CGT legislation requirements.

Serbia

The Ministry of Finance issued an opinion indicating that transactions between headquarters of a foreign company and its Serbian branch may represent supply subject to VAT

The Serbian Ministry of Finance recently issued an opinion dealing with VAT implications of assistance provided by foreign headquarter to its Serbian branch. The opinion refers to consulting services provided by the headquarters to the branch.

Apart from explaining the place of supply of consulting services to be the place where recipient conducts its business - which is principle incorporated in VAT legislation, the Ministry took the standpoint that transaction between foreign headquarter and its branch actually represents supply subject to VAT.

Having in mind that this specific type of transaction is not expressly regulated in the VAT regulations and that previously there was no guidance; this opinion may represent the basis for the approach to be taken by the Tax authorities going forward in this respect.

It should be also mentioned that the approach expressed in the opinion of the Ministry ignores the fact that branch and headquarters do not constitute separate legal entities but

only organisational parts of the same legal entity, and that therefore transactions between these parts should not represent supply subject to VAT. In addition, relevant practice in some EU countries differs from standpoint presented by the Ministry.

Also, transactions in Serbia between headquarters and branch of a Serbian company are ignored for VAT purposes.

However, Serbian branches of foreign companies as well as Serbian companies having branches abroad should carefully consider impact that presented Ministry's approach may have on their VAT position. Apart from considering possible additional VAT costs that may occur, possibilities for tax benefits should be analysed as well (e.g. input VAT recovery).

Slovakia

Changes in the VAT Act

On 6 October 2011 the President of Slovak Republic signed the Act of 14 September 2011 which amends the Act No. 563/2009 Coll. on tax administration and which amends other acts, including VAT act ("the Act"). The Act introduces the following changes to Slovak VAT legislation with effect from 1 January 2012:

- Electronic invoices – the authenticity of the origin and integrity of data may also be guaranteed by means other than electronic signature and electronic data interchange (EDI);
- The period for repayment of a VAT refund will be suspended if a request for the correction of discrepancies in a filed VAT return is sent to the VAT payer (before the deadline for repayment of the VAT refund). The period will be suspended until the discrepancies are corrected in the filed VAT return;
- The proposal suggests a 30 day period for reclaiming a VAT refund, or additionally an increased VAT refund by filing an amended VAT return;
- A penalty of 1.3 % of the VAT refund repaid in an accelerated period based on untrue data;
- The obligation to correct the EC Sales List within 5 days after delivery of an appeal.

The Act introduces the reverse-charge mechanism for the importation of goods for entities with a seat, place of business or registered branch in Slovakia, under certain conditions.

The Act will become effective from 1 January 2012, with the exception of the aforementioned importation of goods - which should apply from 1 January 2013.

Czech Republic

SCP for parliamentary vote

The parliament began to discuss an amending law whose primary objective is the introduction of a Single Collection Point (SCP) for taxes and other duties. Primarily it is a question of a tax reform which will take effect as of 1 January 2013. The Ministry of Finance prepared the original proposal but during government negotiations significant changes were decided. Below we present the most important articles of this amending law.

Impacts on individuals

- The idea of a super-gross wage has been abolished and the personal income tax rate increased to 19 %.
- The bases for the tax computation as well as for the social security and health insurance were unified. Employees will still enjoy recovery, sports and other institutions or contributions to culture and sports events. However, the exemption of this cash value benefit will be limited by an annual ceiling of CZK 10,000 (ca. EUR 549.17).
- The exemption of the employee provisions, including meal cards, interest-free bonds, shelter and traffic benefits for employees of state-owned enterprises has been abolished. The costs for employee provisions are still eligible for employers.
- The new tax allowance for employees amounts to CZK 3,000 (ca. EUR 164.74) annually. Only taxpayers with an annual income of less than 48 times the average monthly income can claim the tax allowance. That is actually a step of the progressive taxation.
- Introduction of an obligatory filing of the tax return for tax payers with income from employment, whose annual tax computation basis exceeds 48 times the average monthly income.
- The limit of settlement of humanitarian donations has been increased from 10 % to 15 % of the taxable base.
- The deduction of the maximum annual mortgage loan interests as much as CZK 80,000 (ca. EUR 4,392.93).
- The period for the exemption of income derived from securities has been increased from 6 months to 5 years, regardless of property relations.
- However this proposal does not allow for the exemption of dividends, share in profits, share in liquidation and other similar income of Czech citizens. It can be deduced that the text has been changed in order to avoid the discrimination of the Czech citizens.

Impacts on legal entities and employers

- The tax rate for investment funds of qualified investors has been reduced from 5 % to 0 % and there is no exception for the transfer of profits from subsidiaries to the parent company. Exceptions arising from international orders will not be involved.
- Introduction of a new duty on the wage bill with an all-in rate of 32.4 %. This will replace the social security and health insurance paid by the employer. At the same time the individual maximum taxable base for social security and health insurance at the employer will be abolished but the limit will be applicable for all employees together.
- New exemption of dividends, share in profits, share in liquidation and similar income that has been paid from companies in the Czech Republic, the EU states, Norway, Iceland and Switzerland and that will also be recognized by companies in the Czech Republic.

General impacts on companies and individuals

- The increase of the tax threshold for the obligatory prepayment from CZK 30,000 (ca. EUR 1,647.35) to CZK 200,000 (ca. EUR 10,982.30) and a new system of the monthly advances.
- Extension of the tax return for R&D projects. Investment incentives remain unchanged.
- The tax credit for disabled employees has been abolished.
- Unification of the personal income tax and accessions tax to 19 % (with exception of emission rights). Inheritance tax rate at 9.5 %.
- Introduction of a separate tax base for foreign dividends and interest amounting to 15 %.
- Possible creation of adjustment items up to 50 % after 18 months and up to 100 % after 36 months after maturity. For the demand of CZK 200,000 (ca. EUR 10,982.30), litigation, arbitration or administrative procedure will still be necessary.
- For control of the insurance contribution to social security and health insurance the tax code will be followed. Taxes and insurance contributions will only be raised and controlled by the tax authorities.

Deputies will reapprove the reduced VAT rate increase

The Chamber of Deputies approved a draft amendment to the VAT Act under which a reduced VAT rate will grow from 10 % to 14 % from 1 January 2012. Both rates, reduced and standard, will be unified at 17.5 % from 1 January 2013. However, the Senate sent the proposal back to the Chamber of Deputies for further consideration.

Foreigners have to prove accommodation when applying for a visa or residency permit

Foreign nationals applying for a visa or residency permit in the Czech Republic must prove that they have reserved accommodation in our territory. A document proving this fact may be in the form of a lease contract or a so-called document on proof of accommodation, which the landlord or his authorised representative signs and confirms that accommodation will be provided to the foreigner for a period specified in the lease contract or the document. Proof of accommodation must contain the name and surname of the applicant, his or her date of birth, passport number and the period for which accommodation is provided, in addition to the first and last name of the landlord. It must be issued in the Czech language. In the case of documents issued to citizens from countries outside the EU applying for a visa or permit for permanent or long-term stays, the document on proof of accommodation must be signed before a notary. Notarisation is not required in the case of lease contracts.

Ukraine

Temporary residence permits available for spouses of foreign employees

On 20 October 2011, the Law of Ukraine N 3773-VI "On legal status of foreigners and stateless persons" (the Law) was finally signed by the President of Ukraine. The Law grants the right to apply for temporary residence permits (TRPs) in Ukraine to new categories of foreign nationals, including non-working spouses of holders of Ukrainian TRPs.

The main documents necessary for the procedure are the marriage certificate, and a copy of the TRP of the initial holder. According to the preliminary information, the Law comes into force from the date of its official publication.

Hungary

Tax convention between Germany and Hungary published

The Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Hungary for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital, signed in Budapest on 28 February 2011 was passed into law as Act LXXXIV of 2011. The new Act was published on 4 July 2011. The Agreement replaces Law Decree No. 27 of 1979, will enter into force on the 30th day following the day of the exchange of the instruments of ratification and will have effect in respect of amounts paid and taxes imposed on or after the first day of January of the following calendar year – which is expected to be 1 January 2012.

Some elements of the convention signed by the Hungarian People's Republic and the Federal Republic of Germany have been substantially amended to conform to the OECD Model Tax Convention. The following substantial changes have been introduced:

- The rule applicable to the use of non-arm's length price between associated enterprises in Hungary or Germany will become less stringent: if one of the States makes an upward adjustment to the taxes of the associated enterprise operating on its territory, the other State must make an appropriate adjustment to the amount of tax charged on the profits of the other associated enterprise.
- The 5 per cent tax rate on dividends will be extended to cases where the beneficial owner of the company has at least 10 per cent share (previously 25 per cent) of the capital of the company paying the dividends. In all other cases, the tax rate on dividends remains 15 per cent.
- The regulations on the sale of companies that primarily own real estate will become more stringent: the Agreement extends the right of taxation of the State in which the immovable property is situated to the alienation of shares in a company, the assets of which consist more than 50 per cent of immovable property or of shares in a company the assets of which consist more than 50 per cent of immovable property.
- The conditions for tax exemption of income that a resident of a contracting State earns in the other contracting State will become more stringent in the State of work. According to one of the conditions, the employee should be present in the other State for a period not exceeding in the aggregate 183 days. While the previous agreement stipulated that compliance should be examined per calendar years, the new Agreement stipulates that the employee must meet the above condition in any twelve month period commencing or ending in the tax year concerned. Also, the exemption does not apply to remuneration for employment within the framework of professional hiring-out of labour.

Changes in the tax system in 2012

Below we describe some of the tax changes proposed by the Government for 2012:

Measures related to VAT

- The general VAT rate will be increased to 27 percent.
- The VAT payable on the lease of vehicles for taxable activities will also be deductible.

- The opportunity to request a more frequent filing of VAT returns will remain available for tax payers who are constantly in a VAT reclaimer's position.
- Changes in the rules on the so-called supply chain transactions: it is possible only for the intermediary participant to disprove the legal presumption according to which it participated in the transaction as the buyer, and to prove that it took the position of the seller.
- The rules on subsequent tax base modification will change:
 - The tax base decreases also in the case when the parties have invoiced higher amounts than they had agreed on by mistake, furthermore, when the pre-payment given before the supply is only partially paid back due to the lack of supply.
 - The number of cases when there is no need for self-revision has increased.
- The rules on the period of limitation has to be applied again to the reclaimable VAT carried forward (the deductible VAT can be carried forward only within the period of limitation).
- The information whether a taxpayer has opted for the taxation of the supply of real estates will be available on the official website of the Hungarian Tax Authority.
- Changes in the rules on VAT warehousing: The VAT treatment of certain transactions during the VAT warehousing procedures will change.
- Extension of the invoicing obligation.
- Refinement of the rules on electronic invoicing.
- The market price applicable between related parties has to be taken into account in the apportionment calculations.

The system of personal income taxes will be simplified

- Tax credit on employment income will be abolished and the 27 % tax base addition will not be applicable below a monthly gross income of HUF 202000 (ca. EUR 903,71).
- The current extensive system of family allowances will be upheld.
- The existing fringe benefits scheme (cafeteria plan) with preferential taxation will be maintained with certain limitations.
- Instead of tax currently payable by employees, the employer will have again to pay the tax on benefits provided to employees uniformly or on the basis on internal policy, and at the same time business entertainment and business gifts will become liable to income and healthcare tax.

Changes in social security rules

- Employees' healthcare insurance will rise by 1 %.
- Third country nationals will become liable to social securities after 2 years.

A predictable and stable tax environment for enterprises

- Deferred losses will be deductible up to 50 % of the tax base not including the deferred losses, and the company will lose its deferred losses in the case of a company acquisition.
- From 2012, the sale of reported intangible assets will be exempted from corporate income tax. A precondition of the allowance is the registration of the acquisition. Sales will be exempted from tax one year after the date of acquisition.
- Certain transactions between a branch office located in a country with which Hungary has a double-tax treaty currently in force and a company in a third country will not be required to prepare transfer pricing documentation if their pricing does not affect the Hungarian tax base.
- Foreign taxes that correspond to corporate tax will not have to be deducted from the pre-tax profits.
- Calculations of repurchased own shares and business quotas will affect equity capital and not the pre-tax profits.
- Shareholdings will only have to be reported if the percentage of a shareholding increases.
- The rules on undercapitalization will be extended to cover interest-free liabilities.
- By clarifying the definition of R&D, activities carried out in the framework of a common activity or under a research agreement or as a shared activity will be eligible for tax deduction.

Uzbekistan

New benefits for small businesses

Decree of the President of the Republic of Uzbekistan #YII-4354 of 24 August 2011 introduced a number of changes for small businesses and other business entities, the most notable of which are the following:

- As of 1 January 2012 the unified tax payment rate for micro-firms and small enterprises engaged in industry sector is to be reduced from 6 % to 5 %;
- Micro-firms and small enterprises should gradually move to electronic system of filing of tax and financial reports by the end of 2014;
- As of 1 September 2011 micro-firms, small enterprises and individual entrepreneurs are exempt from charges for opening of bank accounts in national currency in commercial banks;
- As of 1 October 2011 the rate of late payment interest for late settlement of taxes, customs duties and charges, and other obligatory payments for each day of delay is reduced by one third against the existing rate;
- As of 1 October 2011 deferral of up to six months is allowed to settle taxes and financial sanctions additionally charged as a result of tax inspections;
- Financial sanctions not related to calculation of taxes and obligatory payments are abolished.

Blog

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Monika Diekert

Tel.: +49 30 2636-5225

diekert.monika@de.pwc.com

Daniel Kast

Tel.: +49 30 2636-5252

daniel.kast@de.pwc.com

Tanja Galander

Tel.: +49 30 2636-5483

tanja.galander@de.pwc.com

Stanislav Rogojine

Tel.: +49 30 2636-5207

stanislav.rogojine@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: cornelia.herwig@de.pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© November 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.